4725/AB XXIII. GP

Eingelangt am 05.09.2008
Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Inneres

Anfragebeantwortung

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. Juli 2008 unter der Zahl 4702/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Exekutive in Tirol " an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Schengenerweiterung bedingt umfangreiche organisatorische Umstrukturierungen und eine einsatztaktische operative Neuausrichtung des grenzpolizeilichen Bereiches. Von stationären Grenzkontrollen wurde bzw. wird auf selektive polizeiliche Kontrollen im Grenzraum (Ausgleichsmaßnahmen) übergegangen. Darüber hinaus wurden bzw. werden entsprechend den Verkehrströmen im gesamten österreichischen Transitstreckennetz im Schienen- und Straßenverkehr und in Ballungsräumen verstärkte kriminal-, verkehrs- und fremdenpolizeiliche Kontrollmechanismen eingerichtet. Die Umsetzung wird in drei Phasen vorgenommen, um keinen schlagartigen Systemwechsel vornehmen zu müssen bzw. vor allem um im Rahmen der Neustrukturierung auch die durch die Grenzöffnung bedingten konkreten polizeilichen Entwicklungen berücksichtigen zu können.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

In der ersten Phase (bereits umgesetzt) wurde österreichweit durch die Errichtung von sogenannten AGM-Dienststellen und Organisationsteilen (mit insgesamt 483 Arbeitsplätzen) eine erste Basis für die künftige Struktur geschaffen. In dieser ersten Phase wurde der Großteil des bis 21.12.2007 in der Grenzkontrolle und Überwachung eingesetzten Personals im grenznahen Bereich belassen, um in einem mehrmonatigen Zeitraum insbesondere die kriminal- und fremdenpolizeilichen Auswirkungen der Schengenerweiterung entsprechend analysieren zu können.
Damit verbunden war somit auch die Vorsorge für die Wiederaufnahme der Grenzkontrolle anlässlich der EURO 2008.
Im Herbst 2008 wird in einer zweiten Phase eine umfassende Analyse der polizeilichen Entwicklungen durchgeführt und anhand dieser Erkenntnisse und der aktuellen polizeilichen Lage die weitere Strategie entwickelt. Darauf aufbauend wird ein zielgerichtetes Organisationskonzept erstellt. Die schrittweise Realisierung des dann auf die aktuellen Bedürfnisse abgestimmten bundesweiten AGM-Organistationskonzeptes ist ab Ende 2008/Beginn 2009 (Phase 3) vorgesehen.

Zusammenfassend wird daher festgehalten:
Diese – mit dem Bundeskanzleramt abgestimmte - stufenweise Umsetzung hat zur Folge, dass die gesamte neue organisationsbezogene Planstellensystemisierung erst nach Abschluss der Phase 3 feststeht. Die Einrichtung der neuen 483 Arbeitsplätze in der Phase 1 war ein Zwischenschritt und stellt eine Teilverlagerung, der aus der Grenzdienststellenstruktur resultierenden Gesamtzahl der Planstellen dar. Eine Zuordnung zu bestimmten Grenzdienststellen wurde nicht vorgenommen. Eine detaillierte dienststellenbezogene Planstellensystemisierung aller Dienststellen kann daher erst nach Umsetzung der gesamten neuen Organisationsstruktur (Phase 3) erstellt werden.
Auf Grund der vorangeführten Umstände wird der Stand der systemisierten Exekutivplanstellen der Bezirks- und Stadtpolizeikommanden vom 31. Dezember 2007 herangezogen.

Organisationsart	**Ort**	**Systemisierte Exekutiv-Planstellen**
Bezirkspolizeikommando	IMST	100
Bezirkspolizeikommando	INNSBRUCK LAND	264
Bezirkspolizeikommando	KITZBÜHEL	128
Bezirkspolizeikommando	KUFSTEIN	149
Bezirkspolizeikommando	LANDECK	143
Bezirkspolizeikommando	LIENZ	89
Bezirkspolizeikommando	REUTTE	76

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bezirkspolizeikommando	SCHWAZ	121
Stadtpolizeikommando	INNSBRUCK	386

Zu den Fragen 2 bis 5:

Nachstehend werden in Tabellenform die Anfragepunkte für das Landespolizeikommando Tirol zum 01.07.2008 dargestellt. Die Abweichungen der Personalstände ergeben sich aufgrund verschiedenster Aufgabenstellungen und stehen im Übrigen mit dem unter Punkt 1 dargelegten Maßnahmen im Zusammenhang.

EXEKUTIVE		**Iststand**	**Karenz**		**Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit**		
		Personen	MSCHG/VKG, § 75c BDG	sonstige	§ 50a BDG	§ 50b BDG	Ablehnungen § 50a BDG seit 1.7.2005
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
LPK	gesamt	1.883	11	8	10	22	6
davon							
BPK	Imst	94	0	0	1	1	
BPK	Innsbruck	256	2	2	1	1	1
BPK	Kitzbühel	119	0	0	1	4	
BPK	Kufstein	141	0	1	1	3	
BPK	Landeck	117	0	0	1	1	
BPK	Lienz	85	1	0	0	0	
BPK	Reutte	70	1	0	0	1	4
BPK	Schwaz	117	1	0	0	0	1
SPK	Innsbruck	379	5	3	2	7	

Zu den Fragen 6 und 7:

Ablehnungen erfolgten, weil wichtige dienstliche Interessen entgegenstanden.

Zu Frage 8:

Zum Anfragestichtag waren keine Planstellen beim Landespolizeikommando Tirol unbesetzt. Angemerkt wird, dass sich zum Anfragestichtag 121 neue KollegInnen in Polizeigrundausbildung befanden.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Zu Frage 9:

Tirol	**2008**
Landespolizeikommando	1
Bezirkspolizeikommando	8
Stadtpolizeikommando	1
Polizeiinspektionen	74
Fachinspektionen	9

Zu Frage 10:

- Bezirkspolizeikommando IMST 20 Kraftfahrzeuge
- Bezirkspolizeikommando INNSBRUCK LAND 54 Kraftfahrzeuge
- Bezirkspolizeikommando KITZBÜHEL 28 Kraftfahrzeuge
- Bezirkspolizeikommando KUFSTEIN 27 Kraftfahrzeuge
- Bezirkspolizeikommando LANDECK 29 Kraftfahrzeuge
- Bezirkspolizeikommando LIENZ 22 Kraftfahrzeuge
- Bezirkspolizeikommando REUTTE 18 Kraftfahrzeuge
- Bezirkspolizeikommando SCHWAZ 27 Kraftfahrzeuge
- Stadtpolizeikommando INNSBRUCK 59 Kraftfahrzeuge

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.